



Carsten Arndt-Mittelberg (links) mit seinem Verlobten Maik Bökhaus. Foto: Hertlein

Dietmar Ahle (links) mit seinem Mann Andreas Hasse. Foto: Thorsten Schneider

STICHWORT DES TAGES

Gurkenpreis

Warum sind Gurken plötzlich so teuer? Nach Angaben der Agrarmarkt-Informationen-Gesellschaft (AIG) erreichte der Durchschnittspreis in dieser Woche mit 1,35 Euro einen Rekord. Ähnlich hohe Preise mussten Verbraucher zuletzt Ende 2016 bezahlen, als die Gurke kurzzeitig 1,32 Euro kostete. Der Grund: In Spanien, wo die Gurke zu dieser Jahreszeit hauptsächlich herkommt, belasteten starke Niederschläge, Stürme und ein Temperatureinbruch die Ernte. „Das sind alles Sachen, die die Gurke nicht gerne mag“, erklärt Michael Koch von der AIG. „Sie wächst dann entsprechend langsamer.“

ZAHL DES TAGES

53

Prozent der Internetnutzer verwenden nach einer Umfrage sichere Passwörter, die aus mindestens zehn Zeichen mit Sonderzeichen, Zahlen, Groß- sowie Kleinbuchstaben bestehen. Doch auch Passwörter wie „123456“ oder „password“ gibt's noch.

ZITAT DES TAGES

„Ich bin weder Taube noch Falke. Meine Absicht ist es, eine Eule zu sein.“

Christine Lagarde, seit Jahresbeginn Präsidentin der Europäischen Zentralbank. Eulen gelten als weise Tiere.

KOPF DES TAGES



Tidjane Thiam (57), seit Mitte 2015 Chef der Schweizer Großbank Credit Suisse, tritt zurück. Grund ist eine bankinterne Spitzelaffäre. Zwei führende Manager waren auf Anweisung aus der Konzernspitze beschattet worden. Der scheidende Bankchef hatte damit zwar persönlich nichts zu tun, wie die Untersuchung durch eine Anwaltskanzlei ergab. Trotzdem verliert er seinen Job. Von 1990 bis 2002 war Thiam Minister für Planung und Entwicklung in der Elfenbeinküste. Sein Nachfolger bei Credit Suisse wird nun Thomas Gottstein, der bisher die Geschäfte im Mutterland Schweiz leitete.

„Jeder zweite versteckt sich“

Wenn die sexuelle Orientierung von der Norm abweicht: Erfahrungen in der Arbeitswelt

Von Bernhard Hertlein

Paderborn/Detmold/Bad Salzflufen (WB). Die sexuelle Orientierung eines Menschen ist Privatsache und sollte am Arbeitsplatz kein Thema sein. Das sollte man meinen. Und so steht es seit fast sieben Jahren im „Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz“ (AGG). In der Praxis aber sind die Erfahrungen in Ostwestfalen-Lippe sehr unterschiedlich.

„Ich fühle heute am Arbeitsplatz keine Diskriminierung“, sagt Dietmar Ahle (61). Das sollte man meinen. Und so steht es seit fast sieben Jahren im „Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz“ (AGG). In der Praxis aber sind die Erfahrungen in Ostwestfalen-Lippe sehr unterschiedlich.

Im Rückblick stellt er fest: „Es hat sich viel verändert.“ Damals, als er seinen Eltern erklärt habe, er wolle jetzt auch öffentlich zu seiner Homosexualität stehen, hätten sie noch versucht, ihn davon abzubringen. Ihre größte Sor-

ge war: „Was werden unsere Kunden dazu sagen?“ Sie sagten gar nichts, sondern standen weiter zum Unternehmen.

In den neunziger Jahren engagierte sich Ahle im „Völklinger Kreis“ für schwule Fach- und Führungskräfte, baute für die bundesweite Organisation in Ostwestfalen-Lippe eine Regionalgruppe auf. Inzwischen könnten Schwule sogar am Bau zu ihrer sexuellen Orientierung stehen – wenn auch vielleicht nicht in jedem Betrieb. Die Sprache sei dort etwas rauer. Auszubildende sollten daher ihr „Outing“ vorbereiten und besser die Rückendeckung eines privaten Freundeskreises haben. Vorbehalte gebe es auch auf Verbandsebene. „Aber keine, die nicht überwinden werden können“, sagt Ahle, der auch Landesinnungsmeister in seinem Handwerk ist.

Dass sich die Situation für Homosexuelle in den vergangenen zwei Jahrzehnten in der Arbeitswelt verbessert hat, glaubt ebenfalls Carsten Arndt-Mittelberg (42). Gleichwohl gebe es auch heute im Alltag Erlebnisse, in

denen er Benachteiligung spüre. Oft seien es kleine spitze, vielleicht gar nicht beleidigend gemeinte, sondern nur unbedachte Äußerungen. Arndt-Mittelberg, der in Bad Salzflufen lebt, arbeitet heute als Altenpfleger beim Johanneswerk. Bemerkungen in der Vergangenheit wie „Du bist doch unsere Schwester“ könne er nicht als lustig empfinden.

Gleichwohl gebe es gerade im Umgang mit alten Menschen Erlebnisse, die ihn sehr anrührten. So wurde Arndt-Mittelberg einmal in Herford von einer betagten Altenheim-Bewohnerin gerufen. Sie wolle privat mit ihm sprechen. Was folgte, war ein spätes Outing: „Ich bin lesbisch, habe aber in 50 Jahren mich nicht getraut, dazu zu stehen. Jetzt tue ich es.“

Wenn Arndt-Mittelberg im Mai Maik Bökhaus, mit dem er seit elf Jahren zusammenlebt, heiratet, werden die Eltern nicht dabei sein: „Sie können bis heute nicht verwinden, dass ihr Sohn anders ist.“ Er selbst engagiert sich schon lange in der Szene. Zuletzt war er im November 2018 Mitgründer der „Queer Gruppe OWL“ in der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi. „Queer“ nennen sich Menschen, die von der sexuellen Norm abweichen.

Ziel der Verdi-Gruppe sei es, sich zu vernetzen und Nachteilen in der Karriere und bei der Bezahlung, die es laut Arndt-Mittelberg in der Praxis trotz AGG gibt, entgegenzuwirken. Auch bei Verdi sei die Gründung der Gruppe zunächst auf Widerstand gestoßen. Dann aber habe ein Argument den Ausschlag gegeben: „Jeder zweite



Andrea Behrendt, Expertin der Agentur für Arbeit.

versteckt sich“, sagt Arndt-Mittelberg mit Blick auf Schwule, Lesben, Bi-, Trans- und Intersexuelle. Dieses Versteckspiel sei entwürdigend. Bökhaus, der in einem Edeka-Markt arbeitet, hat auch einen Tipp für das Outing: „Ich habe es einfach der größten Tratsche im Betrieb erzählt. Da war das Thema ruck zuck durch.“ Ein Problem sei das weder in der Belegschaft noch bei den Kunden.

Eine besondere Situation ist die der Trans- und der Intersexuellen. Transsexuelle – Frauen, die als Mann geboren wurden, ebenso wie Männer, die eine Vergangenheit als Frau haben – können und wollen auch nicht den Prozess der Veränderung verbergen. Intersexuelle haben körperliche Merkmale beider Geschlechter. Für sie wurde Ende 2018 vom Gesetzgeber der Begriff „Divers“ eingeführt. Seitdem kann bei der Geburt eines Neugeborenen statt „weiblich“ oder „männlich“ auch „divers“ angegeben werden. Stellenausschreibungen müssen zu-

sätzlich diese Kategorie beinhalten – eine Forderung, die sich aber insbesondere online noch nicht überall durchgesetzt hat.

Bei den Agenturen für Arbeit wurden inzwischen die Formulare geändert. „Hier sind vier Einträge möglich: männlich, weiblich, divers und unbekannt, wenn kein Geschlecht feststellbar ist“, berichtet Andrea Behrendt (53), Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt bei der Agentur in Detmold. Gleichwohl könne es noch zu Problemen kommen. Das sei dann der Fall, wenn der Eintrag im Ausweis dem widerspräche, was der Arbeitssuchende selbst als Geschlecht angebe. Anträge auf Umtragungen im Ausweis können aber bei den Standsämtern beantragt werden.

Einer vom Institut Statista 2016 durchgeführten Umfrage zufolge stufen 7,4 Prozent der Deutschen sich selbst als „queer“ ein. Für die Arbeitgeber gilt, dass sie bei den Bewerbungen niemanden wegen seines Geschlechts, anderer körperlicher Merkmale oder seiner sexuellen Orientierung benachteiligen dürfen. „Das gilt uneingeschränkt“, sagt Behrendt. Ein Grenzfall könnte sein, wenn Personal für eine Schwulenbar gesucht werde und sich eine Frau bewürbe: „Aber selbst da würde ich fragen, warum nicht?“ Ihr sei in den 16 Jahren, in denen sie als Arbeitsvermittlerin gearbeitet habe, kein Fall untergekommen, bei dem ein Arbeitgeber nach der sexuellen Orientierung eines Bewerbers gefragt habe, erklärt Behrendt. „Aber man schaut natürlich niemandem hinter das Gesicht.“

„My Job“ lädt zur Podiumsdiskussion

Am 13. bis 15. März bietet „My Job“, nach Angaben der Veranstalter größte Jobmesse in OWL, Arbeitssuchenden erneut die Möglichkeit, sich über Arbeitgeber und freie Stellen zu informieren. In diesem Rahmen beginnt am Samstag, 14. März, um 14 Uhr in der Messehalle in Bad Salzflufen eine Podiumsdiskussion zum Thema „Homo-, trans-, intersexuell: Wie tolerant ist der Arbeitsmarkt?“ statt. Teilnehmer sind Malermeister Dietmar Ahle, Carsten Arndt-Mittelberg, Sprecher der Queer-Gruppe bei Verdi, und Andrea Behrendt, Beauftragte für Chancengleichheit der Agentur für Arbeit in Detmold.

Klage gegen Lkw-Kartell abgewiesen

Käufer überteuerter Lastwagen gehen wegen Formfehler wohl leer aus

München (dpa). Die mit Abstand größte Schadenersatz-Klage gegen das europäische Lkw-Kartell ist vor dem Landgericht München gescheitert. Die Klage über 867 Millionen Euro für 84.000 angeblich überteuert verkaufte Lastwagen sei rechtlich so nicht zulässig, entschied das Gericht am Freitag.

Rund 3000 Speditionen und Transportunternehmen hatten ihre Forderungen an die Inkassofirma Financialright abgetreten, die dann als alleiniger Kläger auftrat. Diese Form des Masseninkassos sei jedoch gesetzeswidrig: Financialright „überschreitet damit ihre Inkassoerlaubnis“ urteilte das Gericht. Financialright kündigte sofort Berufung an.

Die Lastwagenhersteller MAN, Daimler, DAF, Iveco und Volvo/Renault hatten 14 Jahre lang Preislisten ausgetauscht. Die EU-Kom-



Lkw stehen auf einem Autobahnrastplatz. Foto: dpa

mission hatte ihnen und Scania insgesamt fast vier Milliarden Euro Bußgeld aufgebremst, aber die Frage offen gelassen, ob den Lkw-Käufern tatsächlich ein Schaden entstand.

Beim Landgericht München sind inzwischen mehr als 100 Verfahren dazu anhängig. Darunter ist eine zweite Financialright-Klage über 541 Millionen Euro sowie eine Klage der Deutschen Bahn, die mit der Bundeswehr und einigen Firmen zusammen die Lkw-Kartellanten auf eine halbe Milliarde Euro Schadenersatz verklagt hat. Der Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL) hatte seinen Mitgliedern zu der Klage über Financialright geraten.

Eigenes Batteriewerk für Opel

Gleiche Strategie wie VW – Daimler und BMW setzen auf Kooperationen

Kaiserslautern (dpa). Opel hat am Freitag seine Pläne für eine Batteriefabrik in Kaiserslautern vorgestellt. Zwei Milliarden Euro sollen dort mit Unterstützung vom Bund investiert werden, um von 2024 an Batteriezellen für Elektroautos produzieren zu können. Die Fabrik, ein Gemeinschaftsprojekt mit dem Mutterkonzern PSA und dem französischen Batteriehersteller Saft, soll eine Kapazität von 24 Gigawattstunden bekommen. Laut Opel wäre das genug, um rund eine halbe Million Autos jährlich auszustatten zu können. Rund 2000 Arbeitsplätze sollen entstehen.

Auch Volkswagen ist entschlossen, sich selbst und die Töchter Audi und Porsche mit Batteriezel-

len zu versorgen. Auch am geplanten Standort in Salzgitter, den VW zusammen mit seinem schwedischen Partner Northvolt aufbaut, ist der Produktionsanlauf für 2024 geplant. Ursprünglich sollte die Fabrik über eine Kapazität von 16 Gigawattstunden verfügen.

BMW verfolgt eine andere Strategie: Die Münchner bauen zwar die Batterien für ihre Elektroautos selbst, nicht aber deren Herzstücke, die Zellen. Die kommen vom chinesischen Hersteller CATL, der dafür in Thüringen ein Werk baut, sowie von Samsung SDI aus Südkorea. Bis 2031 hat BMW bei CATL Batteriezellen für insgesamt 10,2 Milliarden Euro bestellt.

Auch Daimler kauft Zellen ein, um daraus in eigenen, auf ver-

schiedene Kontinente verteilten Fabriken die kompletten Batterien zu bauen. Für mehr als 20 Milliarden Euro hat der Konzern bei mehreren Lieferanten bestellt, um den Nachschub bis 2030 zu sichern. Aus einer eigenen Zellproduktion stieg der Autobauer Ende 2015 aus Kostengründen aus.

Unabhängig von den Plänen der großen Autobauer soll zudem in Münster eine vom Bund finanzierte Batterieforschungsfabrik entstehen. Die Wahl des Standorts hatte im Sommer für Kritik an Bundesforschungsministerin Anja Karliczek (CDU) gesorgt, weil die Ministerin aus der Region stammt und andere Standorte nach Ansicht von Kritikern besser geeignet gewesen wären.